

## Volksinitiative «Ja zur Mundart im Kindergarten»; eine Nachlese

Seit Jahren schwelt im Kanton Zürich ein Konflikt zwischen der Bildungsdirektion und Pädagogen zur Frage Mundart oder Hochsprache im Kindergarten. Die Auseinandersetzung strebte einem Höhepunkt zu, als ein überparteiliches Komitee im Jahr 2008 eine Initiative zu Gunsten der Mundart einreichte. Am 15. Mai 2011 nahmen die Bürgerinnen und Bürger des Kantons die Initiative mit 54 Prozent der Stimmen an.

### Der Anlass des Konfliktes

Das Volksschulgesetz vom Februar 2005 legt fest, dass die Unterrichtssprache in der Kindergartenstufe teilweise und in der Primar- und Sekundarstufe grundsätzlich Hochdeutsch sei. Der Bildungsrat hat im Juni 2008 den entsprechenden Lehrplan für die Kindergartenstufe erlassen und auf das Schuljahr 2008/09 in Kraft gesetzt. Der Lehrplan sieht vor: «Auf der Kindergartenstufe ist die Unterrichtssprache teilweise Mundart und teilweise Hochdeutsch. Die weniger oft verwendete Unterrichtssprache soll jedoch mindestens in einem Drittel der Unterrichtszeit des Kindes durch die Lehrperson gesprochen werden.»

Diese Regelung stiess in weiten Kreisen der Pädagogen auf Widerspruch, der auch durch die Tatsache hervorgerufen wurde, dass bereits in mindestens sechs Kindergärten im Kanton ausschliesslich Hochdeutsch unterrichtet wurde. Praktiker und Wissenschaftler wollten der Mundart auf Kindergartenstufe den eindeutigen Vorrang geben. Ein überparteiliches Komitee reichte daher im Jahr 2008 eine Volksinitiative ein, in deren Text gefordert wurde: «Unterrichtssprache in den ersten beiden Jahren nach der Einschulung (Kindergartenstufe) ist grundsätzlich die Mundart, ab dem dritten Jahr (Primar- und Sekundarstufe) grundsätzlich die Standardsprache.»

### Die Rolle des «Tages-Anzeiger» im Abstimmungskampf

Das Thema ist zweifellos stark emotional belegt und interessiert breite Kreise der Bevölkerung, Anlass genug für die Presse, sich im Vorfeld der Abstimmung intensiv damit zu befassen. Während sich die meisten Zeitungen neutral verhielten, nahm der «Tages-Anzeiger» im unmittelbaren Vor-

feld der Abstimmung eine pointiert gegnerische Haltung ein. Das war nicht immer so: In den frühen Jahren des Konflikts argumentierte er differenziert. Einseitig Stellung zu nehmen ist das gute Recht einer Zeitung. Dabei ist aber besondere Sorgfalt hinsichtlich journalistischer Fairness gegenüber den Kontrahenten verlangt. Aber auch gegenüber den Leserinnen und Lesern, denen die Zeitung immerhin jene Informationen bieten sollte, die es ihnen ermöglicht, eine eigene Meinung zu bilden. Das gilt insbesondere für Forumszeitungen.

### Was ist dem «Tages-Anzeiger» vorzuwerfen?

Es ist eine zweckmässige Praxis der Medien, Initiativen im politischen System zu situieren; sie helfen damit den Bürgerinnen und Bürgern, die Initiativ-Texte im politisch richtigen Licht zu sehen. Das ist zugegebenermassen schwierig, wenn sich das Initiativkomitee überparteilich zusammensetzt, wie im vorliegenden Fall. Dennoch: Der «Tages-Anzeiger» versties gegen die Sorgfaltspflicht, indem er das Komitee wahlweise der SVP und der EVP zuordnete.

Den Texten des Volksschulgesetzes und der Initiative ist zu entnehmen, dass die Initianten auf der Kindergartenstufe eine nachdrückliche Verschiebung des Gewichtes von der Hochsprache zur Mundart anstrebten. Mit dem Wort «grundsätzlich» liessen sie aber eine Türe für den Einsatz der Hochsprache offen. Dennoch benannte der «Tages-Anzeiger» die Initiative als «Verbots- und Maulkorbinitiative» und er schrieb «Hochdeutsch soll aus dem Chindsgi verbannt werden», Aussagen, die dem Sachverhalt nicht gerecht werden. Und mit dem Titel über einer Leserbriefseite, «Es bleibt noch genügend Zeit für Versli und Sprüchli», wird überdies die Arbeit der Lehrpersonen auf herablassende Weise klein gemacht. Man wird den Eindruck nicht los, dass auch der Qualitätszeitung «Tages-Anzeiger» das Marketingdenken mitunter näher steht, als die journalistische Korrektheit.

Konflikte zwischen Redaktionen und Informanten entstehen oft, weil Texte, die der Presse vorliegen, gekürzt werden müssen. Das ist auch im vorliegenden Fall so. Nachweislich wurden Texte aus den Reihen der Initianten unsorgfältig

tig zusammengestrichen oder fehlinterpretiert. Teilweise ergaben sich dadurch unsinnige Aussagen, die den Ruf der Informanten schädigten.

Problematisch ist auch, dass die Redaktion ein Interview mit Vertretern des Initiativkomitees ablehnte, obschon es namhafte Pädagogen zur Verfügung stellen konnte. Ein Interview hätte Gelegenheit gegeben, die wichtigsten Argumente auf erklärendem Hintergrund und mit passender Gewichtung zu exposieren. Durch die Ablehnung blieben viele triftige Argumente zu Gunsten der Mundart unerwähnt. Einem Vertreter der Pädagogischen Hochschule Zürich, Gegner der Initiative, wurde dagegen ein Interview gewährt. Vollends unverständlich ist in diesem Kontext, dass die Redaktion ein Interview mit einer deutschen Kindergärtnerin, die in der Schweiz arbeitet, prominent herausstellte: Es ist doch klar, dass diese Frau die positiven Seiten der hochdeutschen Sprache in ihrem Kindergarten unter situativem Zwang hervorhebt. Und die Eltern ihrer Kinder, die in die Beurteilung einstimmen, hatten wohl nicht das ganze Spektrum der Sprachenproblematik in ihrem Blickfeld.

Bleiben die Leserbriefe: Leserbriefseiten gehören zu den beliebtesten und meist genutzten Seiten einer Zeitung; von daher ist ihre meinungsbildende Wirkung nicht zu unterschätzen. Indes: Die Argumente für und wider eine Sache kommen in den Briefen zumeist so emotional, eindimensional, zufällig, aus den Zusammenhängen gerissen daher, dass daraus kaum fundierte und gewichtete Schlüsse gezogen werden können, insbesondere, wenn die behandelte Thematik kompliziert ist. Je näher die Leserbriefe beim Abstimmungstermin liegen, je grösser also der Entscheidungsdruck bei den Stimmberechtigten wird, desto gefährlicher werden sie als Instrumente der Meinungsbildung. Der «Tages-Anzeiger» hat im unmittelbaren Vorfeld der Abstimmung viele Leserbriefe veröffentlicht; die Redaktion berief sich in der Auseinandersetzung mit dem Initiativkomitee darauf, viele Argumente pro Mundart (und auch kontra) mit diesem Informationsmittel veröffentlicht zu haben. Das stimmt. Die üblichen Qualitäten der Leserbriefe entbinden aber eine Redaktion nicht, für das tiefere Verständnis der Sachverhalte wesentliche Informationen journalistisch aufzubereiten.

Bedauerlich ist, dass die Zeitung einigen Voraussetzungen und Problemen des Konflikts wenn überhaupt nur oberflächlich nachgegangen ist: Gab es nachweislich einen Einfluss der Ergebnisse der PISA-Studien? Wie spielen Theorie und Praxis im Problemfeld zusammen? Wo soll die Mundart mit ihren Traditionen und Entwicklungen gepflegt werden? Welche Studien

belegen den nachhaltigen Erfolg des Frühhochdeutsch, wenn es solche überhaupt gibt? Welche Beispiele aus dem Ausland können als richtungsweisend beigezogen werden (z.B. England)? Was bedeutet die Problematik für Einwanderer aus fremden Kulturen? Die präzisere Einbettung des Konflikts in ein bewegtes und bewegendes Umfeld, hätte ihn und die unterschiedlichen Positionen verständlicher gemacht.

Der «Tages-Anzeiger» hat es verpasst, eine emotional aufgeladene Problematik von allgemeinem Interesse nach allen Regeln der Kunst journalistisch aufzubereiten.

*Ulrich Kündig, Präsident der Gesellschaft für Medienkritik Schweiz (gfmks)*

Bern, 7. Juni 2011  
Gesellschaft für Medienkritik Schweiz (gfmks)

Dieser Text ist mit Quellenangabe zur Publikation frei.